

Wochenspiegel

13. – 19. März 2021

Darüber diskutiert Frankreich

Seite 1/2

— Innenpolitik —

Prozessaufakt gegen Sarkozy - Die Bygmalion-Affäre. Der ehemalige französische Staatspräsident Sarkozy erschien nicht zum Auftakt des Verfahrens am 17. März. Ihm wird vorgeworfen, die Kampagne für seine Wiederwahl 2012 illegal finanziert zu haben. Nach Überzeugung der Anklage überschritt er die zulässige Obergrenze von 22,5 Millionen Euro erheblich. Seine bürgerlich-konservative Partei "Les Républicains" soll durch ein System gefälschter Rechnungen versucht haben, Ausgaben zu kaschieren. Allein durch die Eventfirma Bygmalion liegen Rechnungen in Höhe von 18,5 Millionen Euro vor. Neben Sarkozy stehen 13 frühere Parteiverantwortliche vor Gericht. Die neuen Termine für die weitere Verhandlung liegen zwischen dem 20. Mai und dem 22. Juni.

Dritter Lockdown in Frankreich. Nach einem starken Anstieg der Infektionszahlen (7-Tage-Inzidenz für Gesamtfrankreich: 266 und Paris 466) und steigender Anzahl von Intensivpatienten gab Premierminister Jean Castex am Donnerstagabend die Verschärfung der Coronabestimmungen in 16 französischen Regionen bekannt. Für den Großraum Paris und in der Region Hauts-de-France an der Grenze zu Belgien sowie in weiteren Départements im Norden und Süden des Landes kommt es zu weiteren Ausgangsbeschränkungen: Der Bewegungsradius wurde auf zehn Kilometer begrenzt; die Region darf nicht verlassen werden; Geschäfte des nicht täglichen Bedarfs müssen erneut schließen. Die neuen Regeln gelten ab Freitag Mitternacht und sind zunächst für vier Wochen vorgesehen. Schulen sollen weiterhin geöffnet bleiben.

Klimawandel in der Verfassung. Die Abgeordneten der Nationalversammlung stimmten am Dienstag für die Einführung eines Referendums für eine Verfassungsänderung. In Artikel 1 der französischen Verfassung soll die "Garantie der Erhaltung der Umwelt und der biologischen Vielfalt und der Kampf gegen den Klimawandel" aufgenommen werden. Insgesamt stimmten 391 Abgeordnete dafür, 47 dagegen und 115 enthielten sich. 82 Abgeordnete der Republikaner entschieden sich für die Enthaltung ihrer Stimme. Der Gesetzesentwurf wird nun zur Abstimmung in den Senat gegeben.

Chancengleichheit und Integration im französischen Militär. Das Thema Chancengleichheit stellt ein zentrales Thema für den französischen Staatschef dar und dieses möchte Emmanuel Macron auch im französischen Militär vorantreiben. Bei einem Besuch des Trainings- und Ausbildungszentrums der Fremdenlegion in Saint-Gaudéric (Südfrankreich) überreichte er einem Polen, einem Brasilianer, einem Rumänen, einem Nepalesen sowie einem Algerier ihre Einbürgerungsurkunden. Der Präsident erklärte: „Unsere Armeen sind Modelle der Vielfalt, der Integration, des Pflichtbewusstseins.“ Für Jean Castex soll die Armee den öffentlichen Dienst inspirieren und Tendenzen der Diskriminierung entgegenwirken.

Kandidaten positionieren sich für Regionalwahlen in Frankreich. In der Großraumregion Ile-de-France bringen die politischen Kräfte ihre Spitzenkandidaten für das Amt des Regionalpräsidenten in Position. Die Amtsinhaberin, Valérie Pécresse, tritt erneut zur Wahl an. 2015 gewann sie die Regionalwahlen gegen Claude Bartolone mit einem kleinen Vorsprung. Im Juni wird sie gegen Julien Bayou (Europe Ecologie les Verts), Audrey Pulvar (Parti Socialiste), Laurent-Saint-Martin (La République en Marche), Clémentine Autin (France Insoumise) und Jordan Bardella (Rassemblement National) ins Rennen gehen.

— Wirtschaft —

Anstieg der Spendenbereitschaft in Frankreich. Trotz Coronapandemie und deren Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft stieg die Spendenbereitschaft der Franzosen zwischen dem ersten Halbjahr 2019 und dem ersten Halbjahr 2020 um 22 Prozent an. Hilfs- und Wohltätigkeitsorganisationen sowie die medizinische Forschung konnten den größten Anteil der Spenden für sich beanspruchen.

Bitcoin-Versteigerung in Frankreich. Das Auktionshaus Kapandji Morhange wurde von der französischen Regierung beauftragt 611 Bitcoins im Wert von rund 32 Millionen US-Dollar zu versteigern. Erstmals profitieren Auktionshäuser von einem Gesetz aus dem Jahr 2015 welches erlaubt, immaterielles Eigentum, also auch eine Kryptowährung, zu verkaufen. In Frankreich war es die erste Auktion dieser Art, die USA, Kanada, Australien, Belgien und Großbritannien haben bereits seit 2014 Erfahrungen mit Versteigerungen dieser Art.

Entlassung von Danone-Chef Emmanuel Faber. Der Aufsichtsrat des Lebensmittelriesen Danone beschloss am Sonntag die fristlose Entlassung des CEOs Emmanuel Faber. Faber war seit 2014 Generaldirektor und seit 2017 Konzernchef. Investoren warfen dem 57-jährigen Missmanagement in der Corona-Krise und ein schlechtes Abschneiden gegenüber Konkurrenten wie Nestlé und Unilever vor. Im vergangenen Jahr war der Umsatz um 6,6 Prozent auf 23,6 Milliarden Euro zurückgegangen. Nach Bekanntgabe des Rauswurfs legte der Börsenkurs von Danone an der Pariser Börse um fünf Prozent zu und stieg auf 61 Euro. Bis ein neuer Chef gefunden ist, sollen zwei Danone-Manager den Konzern gemeinsam leiten: Véronique Penchienati-Bosetta und Shane Grant.

— Internationales —

Franzose Jean Arnault zum UN-Sondergesandten für Afghanistan ernannt. UN-Generalsekretär Antonio Guterres gab am Mittwoch bekannt, dass der französische Diplomat Jean Arnault zum UN-Sondergesandten berufen wird. Der UN-Chef bat Arnault, sich für eine "politischen Lösung" des Konflikts starkzumachen und dabei eng mit der UN-Unterstützungsmission UNAMA in Afghanistan zusammenzuarbeiten.



DIE ZAHL DER WOCHE

15

Frankreich führt neues Schutzalter ein. Die französischen Abgeordneten haben geschlossen für eine Revision der Gesetzgebung zum Schutz von Minderjährigen vor Sexualverbrechen gestimmt. Der Text der Assemblée Nationale unterscheidet sich in mehreren Punkten von der vom Senat ausgearbeiteten Vorlage. Im Zentrum der Debatte stand die Frage, ab welchem Alter sich Erwachsene bei Geschlechtsverkehr mit Minderjährigen auf ein Einverständnis der Jugendlichen berufen können. Die Abgeordneten beschlossen, dass sich künftig kein Erwachsener bei sexuellen Handlungen mit Minderjährigen unter 15 Jahren auf deren Zustimmung berufen kann. Die Gesetzesrevision sieht außerdem vor, dass ein Richter bei einer Verurteilung von Sexualdelikten und -verbrechen zusätzlich ein definitives Verbot beruflicher und außerberuflicher Kontakte mit Kindern anordnen kann. Das Gesetz wird zur zweiten Lesung in den Senat übermittelt; noch vor dem Sommer soll es dort verabschiedet werden.